_inksblick

DIE LINKE ZEITUNG VOM KREISVERBAND FÜR TELTOW-FLÄMING

www.dielinke-teltow-flaeming.de

23. Jahrgang · 251. Ausgabe · April/Mai 2018

Bericht vom Landesparteitag Seite 4

Aktuelle Berichte zur Arbeit der Kreistagsfraktion lesen Sie in der

Beilage »Einblicke«

Solidarität. Vielfalt. Gerechtigkeit.

Maifeiertag 2018:

Seinen Ursprung fand der 1. Mai bereits im Jahr 1886. Damals kam es in den USA zu Demonstrationen der Arbeiterbewegung, die für bessere Arbeitsverhältnisse, wie unter anderem den Achtstundentag, kämpften. In Gedenken an dieses Ereignis wurde für die Opfer des 1. Mai 1889 der »Kampftag der Arbeiterbewegung« ausgerufen. Auch in Deutschland sollen sich laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund damals rund 100.000 Menschen an sogenannten Maispaziergängen beteiligt haben.

So kam der Maifeiertag nach Deutschland

Die Menschen verlangten bessere Arbeitsbedingungen sowie die Einführung des Achtstundentags. Bereits während der Weimarer Republik versuchte man den »Tag der Arbeit« bereits als gesetzlichen Feiertag durchzusetzen. Auf Grund von Unstimmigkeiten zwischen rechten und linken Parteien blieb der 1. Mai jedoch zunächst ein normaler Wochentag.

Erst die Nazis machten den 1. Mai 1933 zum bezahlten Feiertag und nutzen den 1. Mai zugleich für ihr propagandistisches Massenspektakel. Knapp ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 1946, wurde der 1. Mai auch durch den Alliierten Kontrollrat als Feiertag bestätigt.

Mai-Kundgebung hatte besondere Bedeutung in der DDR

Alljährliche Massendemonstrationen und Kundgebungen gehörten von nun an zur Tradition der internationalen Arbeiterbewegung. Die rote Mainelke gilt als Symbol des sozialistischen 1. Mai.

Aktuell

Wir als LINKE. Teltow-Fläming feiern am 1. Mai 2018 unser 28. Familienfest in Luckenwalde. Wir haben zum Tag der Arbeit unser Fest immer mit politischen Inhalten und Forderungen verknüpft.

Das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum ist laut Bundesverfassungsgericht ein Menschenrecht, dass für alle gleichermaßen gilt. Insbesondere müssen die Regelsätze bei der Grundsicherung erhöht werden und der Schutz bei Arbeitslosigkeit verbessert werden. Erwerbsarmut muss verhindert und die Fehler der »Agendapolitik« müssen korrigiert werden.

Auf der einen Seite sind zehntausende Menschen in Brandenburg arbeitslos. Auf der anderen Seite müssen Brandenburgerinnen und Brandenburger teils zwei Stunden mehr arbeiten, um das zu erhalten wie Deutschlanddesregierung ist 30 Jahre nach der endlich wirksame gleiche Löhne und Ost und West zu Noch immer findet ten in Brandenburg nur im Niedrig-Beschäftigte haeines regulären die Zunah-Brandenburg Ein besondezunehmen-Arbeitsver-Brandennisterium (DIE LINKE) Arbeit« in an einen

dingungen

ne gesetzt

lässt uns nicht kalt. res Problem ist die de Befristung von trägen. burgs Arbeitsmihat unter Ministerin Golze mit seinem »Bündnis für gute Brandenburg die Sozialpartner Tisch gebracht - die Rahmenbemüssen allerdings auf Bundesebewerden

in der Woche

gleiche Geld

anderswo in

Die neue Bun-

aufgefordert, fast

Wiedervereinigung

Maßnahmen für

Lebensverhältnisse in

ein Drittel der Beschäftig-

ihr Auskommen leider

Iohnsektor. Viel zu viele

ben einen Minijob statt

Arbeitsvertrages und

me von Leiharbeit in

ergreifen.

Gegen die sachgrundlose Befristung und den Befristungswahn im Allgemeinen hat DIE LINKE. Brandenburg auf ihrem zurückliegenden Parteitag auch wieder klar Position bezogen.

> Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.

Manfred Thier, Luckenwalde



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Ostern ist vorbei, alles neu macht der Mai.

Ziemlich zutreffend dieser Spruch, ist doch das Erscheinungsdatum dieser Linksblick-Ausgabe passenderweise nach Ostern und relativ kurz vor dem 1. Mai, dem Tag der Arbeit, an dem wir LINKE zum nunmehr 28. Familienfest unseres Kreisverbandes nach Luckenwalde einladen. Und warum nun alles neu? Ganz einfach: diesjährig veranstaltet DIE LINKE. Teltow-Fläming erstmalig ihr Familienfest auf dem komplett neu gestalteten Boulevard in Luckenwalde und weiht den Platz damit sozusagen gebührend mit der ersten echten Großveranstaltung in der Kreisstadt in diesem Jahr ein. Und damit es auch wirklich (wieder) eine Großveranstaltung wird, würde ich mich freuen auch Sie am 1. Mai ab 14 Uhr auf unserem Festgelände begrüßen zu können. DIE LINKE freut sich auf Sie!

FELIX THIER Kreisvorsitzender



VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Willkommen in Funklochland!

In den letzten Wochen haben wir endlich eine Bundesregierung bekommen. Begeisterung hat sich bei der neuen GroKo nicht eingestellt, denn im Grunde geht es weiter wie in den vergangenen verlorenen Jahren. Viele Probleme sind nach wie vor nicht gelöst.

So reiht sich in Deutschland Funkloch an Funkloch. Wer mit dem Zug oder Rad durch Brandenburg unterwegs ist, den ärgert es immer wieder: In dünner besiedelten Gegenden ist Netzempfang mit dem Smartphone Mangelware. Das ist vor allem auf Regulierungsfehler von Seiten der Bundesregierung zurückzuführen: Bei der Frequenzversteigerung für LTE-Mobilfunk 2010 hatte die Bundesnetzagentur gar keine 100-prozentige Netzabdeckung von den Unternehmen eingefordert, 90 Prozent sollten ausreichen. Doch damit war nicht einmal 90 Prozent der Fläche



gemeint, sondern lediglich 90 Prozent der Bevölkerung. Dieser Planungsfehler geht vor allem auf Kosten des ländlichen Raums, weil dort die Besiedlungsdichte niedriger ist. Zweitens legte die Bundesnetzagentur bei der Vergabe der Frequenzen fest, dass die Unternehmen bei diesen Zielen sogar mogeln durften, denn wenn irgendwo über eine beliebige andere Technologie

Breitband verfügbar war, wurde das auf die abgedeckte Mobilfunkfläche einfach angerechnet. Eine solche Technologie ist z.B. Kabelfernsehen. Es reicht der Bundesregierung also, dass man RTL gucken kann - mit dem Handy telefonieren oder im Netz surfen, das braucht man dann offenbar nicht mehr. Das dritte Problem ist auch nur im Ausland gelöst, aber nicht bei uns auf dem Land. Dort ist es in der Regel möglich, sich mit dem eigenen Smart-

phone in das ausländische Netz einzubuchen. Wenn man in Deutschland aber von einem Telekom-Dorf in ein Vodafone-Dorf umzieht, muss man entweder den Vertrag wechseln oder hat keinen Handyempfang mehr. Denn nationales Roaming, also die Möglichkeit, das Netz eines anderen Anbieters mit zu nutzen, wurde vom Gesetzgeber explizit nicht vorgesehen. Kluge Regulie-

rung sieht anders aus, sie sorgt für flächendeckende Versorgung und für Wettbewerb auf der Ebene der Dienste, nicht auf der Ebene der Infrastruktur, so wie das beim Schienennetz oder bei Autobahnen der Fall ist. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, für ein neues Bahnunternehmen ein separates Schienennetz zu verlegen.

Es gilt, endlich klüger und im Interesse des Gemeinwohls zu regulieren. Denn wenn dieses Jahr die Lizenzen für ein noch schnelleres Mobilfunknetz (5G) vergeben werden, dürfen sich diese Fehler nicht wiederholen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Telefon: 030/227 731 06 Telefax: 030/227 761 07 E-Mail: anke.domscheitberg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER

Das Wechselmodell – Kindeswohl an zweiter Stelle

Die Beziehung kriselt, es kommt zur Scheidung und als Nächstes zum Streit über das Sorgerecht. Das betrifft zwar nur eine kleine Zahl von Fällen, aber gerade dann ist die Situation für die Kinder oft besonders belastend. Daher gilt in solchen Fällen bisher auch der Vorrang des Wohls des Kindes vor den Interessen der Eltern. Die FDP strebt hier nun einen Paradigmenwechsel an. Wenn die Eltern bei den Fragen, wer sich wie oft, wie lange und wo um das Kind kümmert nicht einigen können und es vor Gericht geht, will sie das Wechselmodell als Standard festschreiben.

Die grundlegende Idee des Modells ist simpel: Die Eltern betreuen das Kind etwa zeitlich gleichwertig. Beide Elternteile bieten dem Kind ein Zuhause, in dem es sich abwechselnd aufhält. Laut Befürwortern geht es beim Wechselmodell um das Beste für das Kind. Ihre Argumentation: Mit beiden Eltern aufzuwachsen stehe im Interesse des Kindes höher als beispielsweise die Kontinuität des sozialen Umfeldes. Genau das ist aber stark zu bezweifeln.

Es ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, dass sich veraltete Rollenbil-

der in der Gesellschaft verändert haben. Im Trennungsfall erwarten Mütter mehr Unterstützung als eine monatliche Überweisung und Väter wollen nicht nur die Rolle des Besuchervaters zugewiesen bekommen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Betreuungsmodellen, zwischen denen sich Eltern entscheiden können. Aber hier ist der Knackpunkt: Ein Modell und gerade dieses Modell funktioniert nicht in allen Fällen. Der Erfolg des Wechselmodells ist besonders stark von der Kommunikation und Kooperation der Eltern abhängig. Doch will die FDP das Wechselmodell genau für diese wenigen Fälle zur Regel machen, in denen eine Einigung nicht ohne gerichtliche Hilfe getroffen werden konnte. Das beträfe also die Fälle, in denen es um konflikthafte Situationen, teilweise auch im Zusammenspiel mit häuslicher Gewalt geht und eine fehlende oder unzureichende Kommunikation zwischen den Elternteilen festzustellen ist.

Auch kann es sein, dass sich das Kind mit dem Pendeln zwischen zwei Lebensmittelpunkten sehr schwertut. Gerade jüngere Kinder im Alter bis vier Jahren erleben wiederholte Trennungen und Wechsel der Betreuungspersonen als stressvoll. Auch kommt es vor, dass die Qualität der Beziehung des Kindes zu den Eltern sehr unterschiedlich ist und es deswegen bei einem El-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

ternteil nicht einschlafen kann. Ist die Bindung vor der Trennung nicht gegeben, ist eine Verbesserung im Zuge des Wechselmodells unwahrscheinlich. Allgemein sollte sich in jedem Fall die Frage gestellt werden, wie wichtig Stabilität in der meist sehr schwierigen und Ressourcen verzehrenden Trennungsphase für das Kind ist.

Die Folge einer standardmäßigen Einführung wäre, dass Eltern erpressbar werden. Denn wenn ein Elternteil kein Interesse an einer Einigung hat, kann es jederzeit mit einer gerichtlichen Lösung und als Folge mit dem Wechselmodell drohen. Die Interessen des Kindes geraten dabei aus dem Blick. Daher fordern wir als LINKE, dass in Streitfällen nach wie vor im Einzelfall und zum Wohl des Kindes entschieden werden muss. Wir möchten Eltern und Kinder bei der Wahl des für sie richtigen Modells

und bei der Trennung besser unterstützen und fordern deswegen eine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendämter, genauso wie eine Sensibilisierung der Familiengerichte und der Sicherstellung von ausreichend finanziellen Mittel für Eltern unabhängig von der familiären Situation.

An erster Stelle sollte immer das Kindeswohl stehen. Das ist nicht der Fall, wenn wir ein Modell als Regel festschreiben, welches dafür besonders anspruchsvoll für alle Beteiligten ist und im Gelingen stark von der Zusammenarbeit der Eltern abhängt.

Die Frage der Erziehung ist eben doch nicht so einfach, wie sie auf dem Papier manchmal erscheint, und sollte im Zweifel immer zugunsten des Kindes und nicht eines Modells entschieden werden. Vielleicht sollten wir auch einfach häufiger mal die Kinder fragen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin

Telefon: 03385/494521 Telefax: 03385/494522 E-Mail: norbert.mueller@

bundestag.de



www.dielinke-teltow-flaeming.de

VON ANITA TACK

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist vollbracht, der Osterspaziergang »Vom Eise befreit sind Strom und Bäche ...« (Johann Wolfgang Goethe) liegt hinter uns und der Frühling ist endlich da. Er lockt wieder mehr Menschen auf die Straßen. Und das kann für manch eine/manch einen gefährlich sein, selbstverschuldet oder als Opfer von Unachtsamkeit und Aggressivität im Straßenverkehr.

Alarmierende Unfallzahlen in Brandenburg zwingen zum

Entgegen dem bundesweiten Trend ist in Brandenburg die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle gestiegen. So kamen 2017 auf Brandenburgs Straßen 148 Menschen ums Leben. Ein Schwerpunkt liegt im weiter zunehmenden LKW-Verkehr. Deshalb fordert DIE LINKE von der neuen Bundesregierung eine wirkliche Verkehrswende und mehr Gesundheitsschutz in unseren Städten. Das

heißt vor allem, mehr Güterverkehr runter von der Straße und rauf auf die Schiene. Dazu muss die Bundesregierung endlich konkrete und nachhaltige Maßnahmen ergreifen. In der Vereinbarung der GroKo finden wir durchaus passende Maßnahmen dazu. Nur wer glaubt bei einem Verkehrsminister von der CSU, einem Anhänger der Autolobby und dem Motto: »Freie Fahrt für freie Bürger«, an eine Politik zugunsten der Stärkung des ÖPNV, des Gesundheits- und des Klimaschutzes? Hier braucht es ordentlich viel Druck aus den Ländern auf den Bund.

Die Brandenburger Landesregierung hat ganz aktuell gemeinsam mit Bremen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen den Gesetzentwurf zur Gestaltung des Personenschienenfernverkehrs (PSFV) in den Bundesrat eingebracht.

Die Aufgabe des Fernverkehrs. die dem Bund obliegt, ist Teil der Daseinsvorsorge und muss von den Ländern stärker mitbestimmt werden. Weitere Reduzierungen im Schienenfernverkehr zu Lasten der Länder müssen verhindert werden. Abseits der Hauptmagistralen muss der Bahnfernverkehr auch einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. Deshalb halte ich die Forderung der Länder nach Sicherung eines Grundangebotes in SPFV als integriertes öffentliches Verkehrsangebot für die richtige Maßnahme, um im Sinne des Gemeinwohls für mehr Mobilität zu sorgen.

Mehr Tempo für gemeinsames Mobilitätsticket mit Berlin

In unserer Koalitionsvereinbarung haben wir 2014 verabredet, dass wir uns für ein gemeinsames Mobilitätssticket (Sozialticket) mit Berlin einsetzen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen, um Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe auch für die Menschen zu sichern, die nur über wenig Einkommen verfügen bzw. auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Mobilität spielt dabei eine große Rolle. Die Brandenburgische Armutskonferenz hatte im Herbst 2017 die Forderung nach einem gemeinsamen Sozialticket im VBB ausdrücklich wiederholt. Die Verhandlungen mit Berlin müssen jetzt von der zuständigen SPD-Infrastrukturministerin zügig beginnen, um den entstandenen Zeitverlust wieder wett zu machen und für eine Umsetzung bis 2019 zu sorgen.

Dazu habe ich eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt und erklärt:

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass sich Brandenburg im Jahr 2015 mit dem Anliegen eines gemeinsamen Mobilitätstickets an das Land Berlin gewandt hatte. Seit 2016 haben sich in Berlin mit einer rot-rot-grünen Koalition die politischen Mehrheiten geändert.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass es zwischenzeitlich keine Aktivitäten zum gemeinsamen Sozialticket gab. Jetzt ist dieses Anliegen mit Schreiben vom 6. März 2018 an das Land Berlin aufgegriffen worden.

Das ist ein erster Schritt im Sinne der Umsetzung des Brandenburger Koalitionsvertrages und in der Zusammenarbeit mit Berlin.

Mein Fraktionskollege René Wilke wird neuer Oberbürgermeister in Frankfurt (Oder).

Darüber freuen wir uns riesig. Künftig haben wir LINKE nicht nur eine Landrätin, sondern auch einen Oberbürgermeister im Land. Auch Konni Wehlan wird sich über die

Verstärkung auf der kommunalen Verantwortungsebene sehr freuen. Und, das freut uns ganz besonders, DIE LINKE wird mit Carsten Preuß als Nachrücker wieder mit einem Abgeordneten aus TF in der Landtagsfraktion vertreten sein. Und ich freue mich auf Carsten Preuß. der die Arbeit der Landtagsfraktion hoffentlich im Interesse einer wirkungsvollen Umwelt- und Klimaschutzpolitik stärken wird. Als Ex-Umweltministerin bedauere ich sehr, dass das Umweltministerium in dieser Legislatur wieder an die SPD ging. Denn zu viel ist schon zu Nichte gemacht worden, was wir umweltpolitisch im Land aufgebaut hatten. DIE LINKE steht programmatisch für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, dafür müssen wir auch landespolitisch stärker kämpfen.

Ich verbleibe mit solidarischen Grüßen

Anita Tack, MdL,

Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung, Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle, Mitglied im Sonderausschuss BER, Ministerin a.D.

Kontakt:

Anita Tack, MdL Landtag Brandenburg Alter Markt 1 14467 Potsdam

Tel: 0331/966 15 10 Fax: 0331/966 15 07 E-Mail: anita.tack@

linksfraktion-brandenburg.de

So kann's gehen!

Kaum atmet man auf, eine Wahlkampagne mehr oder weniger erfolgreich abgeschlossen zu haben, heißt es: »Nach der Wahl ist vor der Wahl «

Schon mal gehört und über den Sinn dessen nachgedacht? Wahrscheinlich nicht. All zu lang sollte aber die Verschnaufpause nicht sein, denn die rechtzeitigen Vorbereitungen der nächsten Wahlen sollten als konkreter Auftrag an die Mitglieder unserer Partei und im Besonderen unsere Fraktion verstanden werden. Der Start für konkrete Aufgaben erfolgte bereits zu Beginn des Ka-

lenderjahres 2017. Zu früh meint Ihr? Die nächsten Kommunalwahlen finden doch erst im Mai 2019 statt! Es ist stets nötig, neue Mitglieder für die Partei und InteressentInnen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Eigentlich ist das gar nicht so schwer. Vor allem die Genossinnen und Genossen im fortgeschrittenen Alter sind in der Stadt keine Unbekannten. Also ein Schwätzchen hier und ein Schwätzchen da mit Freundlinen, Bekannten, ehemaligen ArbeitskollegInnen und anderen bekannten Gesichtern über das Wohl und Weh' in unserer Heimatstadt. Oft gehe ich grüßend durch die Straßen und denke - das könnte evtl. ein/e MitstreiterIn für die nächsten Kommunalwahlen sein. So sind über eine lange Zeit viele Gespräche geführt worden - etliche zwar erfolglos, aber eine gute Anzahl erfolgversprechend. Damit unsere Bemühungen nicht verloren gehen, luden wir zum 15. März 2018 zu einem Informationsgespräch bei Kaffee und Gebäck ein, informierten über den Werdegang einer Kommunalwahl und die Pflichten gewählter KommunalpolitikerInnen. Nicht alle Eingeladenen waren gekommen und auch nicht alle erklärten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit, der eine nannte gesundheitliche, der andere berufliche Gründe. Wir sind aber ganz optimistisch, unser bisheriges Engagement hat sich gelohnt.

Heute – mehr als ein Jahr vor dem Wahltermin im Mai 2019 – verfügen wir bis jetzt über eine stattliche Zahl von 27 InteressentInnen.

Und wir bleiben weiterhin am Ball. Über den Fortgang unserer Bemühungen werde ich zu gegebener Zeit berichten.

Peter Dunkel, Ludwigsfelde

1. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE am 17. und 18. März in Potsdam.

Es war ein bedeutender Parteitag. nicht allein, weil Christian Görke seine letzte Rede als Landesvorsitzender der Brandenburger LINKEN hielt, sondern weil die Delegierten zum ersten Mal eine Doppelspitze wählten. Anja Mayer und Diana Golze sind unsere Neuen und sie sind »gekommen um zu bleiben«, wie es im ND vom 8 März zu lesen war Ania und Diana sind keine Unbekannten, zog die eine doch bisher die Fäden als Leiterin der Landesgeschäftsstelle und die andere setzt sich als Ministerin für soziale Gerechtigkeit und eine bessere Gesundheits- und Integrationspolitik ein.

Mit der Doppelspitze wird es neue Möglichkeiten geben, so Anja Mayer, aber niemals Abstriche in der solidarischen Politik. Es soll offen und fair zugehen, alles muss ohne Angst sagbar sein! Wir sind eine lebendige Mitmachpartei und wir können stolz auf das sein, was der Landesverband geschaffen hat. Unser Engagement gilt den Schwächsten in der Gesellschaft. Krieg werden wir niemals legitimieren und energisch gegen rechte Umtriebe protestieren! Nazis müssen auch als Nazis benannt werden. Es geht darum, den politischen Diskurs nach links zu verschieben,

denn wir sind die sozial-ökologische Alternative. Diana Golze konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein und sprach per Video zu den Delegierten.

Bernd Riexinger, unser Parteivorsitzender, betrachtete in seiner Rede den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD kritisch und nannte in der Auseinandersetzung mit der AfD und der Milieu-Debatte fünf Aufgaben, vor denen unsere Partei in den nächsten Jahren steht.

Erstens geht es um die Regulierung der Arbeit, vor allem um die Bekämpfung der prekären Arbeitsverhältnisse und die Abschaffung der Leiharbeit u.v.m.

Zweitens müssen wir klar für soziale Rechte eintreten und nicht akzeptieren, dass Menschen in Harz IV fallen und mit Sanktionen belegt werden. Drittens geht es um das öffentliche Leben, wie Bildung, Erziehung, Gesundheit und den ÖPNV. Jede und jeder, egal ob Hartz-IV-EmpfängerIn oder ProfessorIn, müssen die gleichen Chancen haben zum gebührenfreien Zugang der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Viertens müssen wir stärker auf das Feld der Wirtschaftspolitik gehen und dabei weg vom exportorientierten Modell, das nur auf niedrige Löhne, hohe Produktivität und prekäre Arbeit setzt. Es geht um sozialökologischen Umbau und Klimaschutz, der schon während der Produktion greift. Zur Wirtschaftspolitik gehört auch ein Programm für den Osten. Da soll es eine »Zukunftswerkstatt Ost« geben, denn niemals darf der AfD der Osten überlassen werden. Das wäre ein ganz großer Fehler.

Fünftens müssen wir für Friedensund Abrüstungspolitik in der Welt stehen, dabei wird es mit uns als Friedenspartei im Deutschen Bundestag niemals eine Zustimmung für Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr geben!

Es gilt, gesellschaftliche Bündnisse zu schließen mit den Gewerkschaften, den Menschen aus der Friedensbewegung, aus der Flüchtlingsbewegung, aus den Erwerbsloseninitiativen, auch mit unzufriedenen SPDIern.

Wo gibt es gemeinsame Punkte, wie die Pflege, womit wir die Große Koalition unter Druck setzen können ... Im Umgang mit der AfD müssen wir überall ihren rassistischen, nationalistischen und chauvinistischen Positionen entgegentreten. Diese Partei ist für eine völkische Lösung und lenkt von der Auseinandersetzung zwischen oben und unten ab, zwischen denen, die tatsächlich die Misere verursachen.

Welche Partei wollen wir sein? Bernd Riexinger steht für eine Partei, die selbstbewusste politisch gebildete Mitglieder hat, die linke Positionen in der Gesellschaft verankern. Wir sind eine ernst zu nehmende Partei, die in dieser Gesellschaft eine Rolle spielt. Dafür lasst uns rausgehen und kämpfen, so der Parteivorsitzende in seiner richtungsweisenden und mit viel Beifall belohnten Rede.

Sabine Gumpel, Delegierte



Vorne v. I. Maritta Böttcher, Sabine Gumpel, Judith Kruppa, Silvio Pape Hinten v. I. Felix Thier, Carsten Preuß und Florian Bogs; Foto: Jan Augustyniak

Mein erster Parteitag: aufregend, verwirrend, anstrengend, interessant!

Danke, dass ich diese tolle Erfahrung machen konnte.

Als Neuling auf dieser politischen Plattform hatte ich mich intensiv auf die Antragsthemen vorbereitet und mich mit den verschiedenen Kandidaturen auseinander gesetzt. Doch einiges kam anders, als gedacht. Der Leitantrag lag rechtzeitig vor und somit war eine Auseinandersetzung damit möglich. Am Samstag lag ein neu gefasster Leitantrag, in den ein erheblicher Teil der Änderungsvorschläge eingearbeitet worden war, vor, ohne dass wir darüber noch zu beschließen hatten. Es gelang mir aber nicht, den nunmehr neuen Leitantrag voll zu erfassen. Für mich persönlich war das Verfahren irritierend. Es hätte meiner Meinung nach über jeden einzelnen Änderungsantrag abgestimmt werden müssen. So entstand in mir das Gefühl über ein Papier abzustimmen, dessen neuen Inhalt und Tragweite

ich nicht in vollem Umfang abzuschätzen vermochte.

Dennoch, die gehörten Reden, Antragseinbringungen und Diskussionsbeiträge machen Hoffnung auf ein deutlich modifiziertes »Wir kämpfen weiter!«. Insbesondere die immer wieder betonte Einbeziehung der Basis und die noch deutlicher zu transportierende Transparenz und Erfolgsverkündung der politischen Arbeit stimmen mich zuversichtlich. Und sehr positiv gestimmt haben mich die Gespräche neben dem regulären Parteitagsablauf. Mich mit engagierten Menschen aus den verschiedenen Regionen Brandenburgs über die aktuell anstehenden Herausforderungen und möglichen Lösungsansätze austauschen, Informationen über Projekte und Sachstände in den LAGs erhalten, haben mir für meine Arbeit vor Ort neue Impulse und auch Kraft gegeben.

Judith Kruppa, Delegierte

Gerecht, solidarisch, nachhaltig

Der Landesparteitag verabschiedete einmütig und rechtzeitig vor den Kommunalwahlen 2019 Kommunalpolitische Eckpunkte der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg. Diese sind keine zentrale Richtlinie für die inhaltliche Ausgestaltung der lokalen und regionalen Wahlkämpfe! Sie sollen vielmehr ein orientierendes Angebot für die Orts- und Kreisverbände sein, das mit einem weiterführenden Beratungsangebot verknüpft ist. Die formulierten Themen können Anknüpfungspunkte für die Entwicklung lokaler und regionaler Wahlziele sein. Den sehr verschiedenen Rahmenbedingungen unseres Bundeslandes wollen die Eckpunkte dadurch Rechnung tragen, dass sie zwischen Landkreisen und Gemeinden im ländlichen Raum sowie Kommunen im Berliner Umland differenzieren. Die Kommunalpolitischen Eckpunkte wurden von aktiven linken KommunalpolitikerInnen für aktive linke KommunalpolitikerInnen erarbeitet und (vor-) diskutiert. Als Sprecherin der BAG Kommunalpolitik war und bin ich aktiv an diesem Prozess beteiligt.

Maritta Böttcher, Delegierte





Internationaler Frauentag 2018: Gemeinsam feierten Mitglieder und SympathisantInnen der LINKEN in allen Regionen unseres Kreisverbandes. Bei Kaffee und Kuchen gab es einen angeregten Gedankenaustausch. Danke an alle fleißigen Helferinnen und Helfer.

Gefragt ist ein echter Pflegeaufstand



Felix Thier, Jürgen Akuloff und Manfred Thier waren zu Besuch beim Pflegepersonal im DRK-Krankenhaus Luckenwalde.

Reinhard Fromm und Edeltraut Liese, mein Fraktionskollege Peter Hacke und ich haben am Internationalen Frauentag Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege in der Region TF Süd besucht. Den Pflegerinnen haben wir im Rahmen der Kampagne der LINKEN »Pflegearbeit ist mehr wert!« mit einer Rose bzw. Nelke für Ihre sehr wichtige und notwendige Arbeit gedankt und sie ermutigt nicht nachzulassen im Kampf um bessere Bedingungen. Alle Pflegepersonen reagierten eher bescheiden und erklärten, sie machen ihren Job gern. Doch dann sprudelten schnell viele Probleme aus ihnen heraus. Zum Beispiel das Thema Kinderbetreuung. Viele Pflegekräfte, aber auch Verkäuferinnen

on müssen ihre Kinder bei Freunden und Verwandten unterbringen, weil die Öffnungszeiten von KITAS in Jüterbog und Umgebung nicht mit ihren eigenen Arbeitszeiten vereinbar sind. Das ist für mich ein Unding, vor allem

weil viele Einrichtungen über Nachwuchssorgen klagen. Wenn ich junge Familien ins Arbeitsleben bringen möchte, dann müssen auch die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass sie ihre Kinder unterbringen können. Auch die Bürokratie macht ihnen zu schaffen. Um beispielsweise ein Pflegebett zu bekommen, sei ein umfangreicher Schriftverkehr mit den Krankenkassen nötig. Ich bin der Meinung, dass

und Schichtarbeiterinnen in der Regi-

das Gesundheitssystem krank ist. Und schließlich: Die Pflegekräfte haben zu wenig Zeit, verdienen immer noch weniger als ihre Kolleginnen im »Westen« für die gleiche Arbeit!

DIE LINKE macht Druck für gute Pflege. Mit unserer Pflegekampagne kämpfen wir für:

- eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Kliniken;
- ■100.000 zusätzliche Pflegekräfte in Kliniken, 40.000 zusätzliche Pflegekräfte für eine menschenwürdige Altenpflege;
- die Anhebung des Pflegemindest-Iohnes auf 14 Euro.

Der Pflegenotstand muss gestoppt werden, wir sagen: Mehr Pflegekräfte sind besser für ALLE!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Es gibt keinen Erfolg ohne Frauen



veranstalteten das »Ständige Forum der Europäischen Linken der Regionen« und unsere Landesgruppe gemeinsam mit tschechischen Frauen ein festliches Treffen anlässlich des Internationalen Frauentages. Am 10. März ging die Fahrt im Kleinbus los nach Tynec, einem kleinen Städtchen südlich von Prag. Schade, dass die Zeit nur zur Durchfahrt durch die »Goldene Stadt« reichte. Ab 15 Uhr fanden sich ca. 100 Personen, vorwiegend natürlich Frauen, zur Festveranstaltung ein. Wir wurden freundlich empfangen, es folgten zur Begrüßung Reden und Ansprachen sowohl von tschechischer als auch von unserer Seite. Es entstand dabei ein Bild vielfältiger politischer Arbeit unserer Parteien auf internationalem und nationalem Gebiet, es kam auch die Sorge über rechte und nationalistische Entwicklungen zum Ausdruck. Leider war der Erfahrungsaustausch mit den tschechischen GenossInnen fast nur über Dolmetscher möglich, dafür aber innerhalb unserer Gruppe umso lebhafter. Mit Genossinnen aus Stahnsdorf, Berlin und Brandenburg hatten wir schon im Bus freundschaftlichen Gesprächskontakt. Es herrschte eine fröhliche und ausgelassene Stimmung mit Orchester, Tanz und Spaß und lustigen Darbietungen; kleine Geschenke wurden ausgetauscht. In einzelnen Gruppen wurde noch lange diskutiert. Am nächsten Vormittag erlebten wir eine sehr interessante und sachkundige Führung durch das Jawa-Museum. Toll, so viele der auch bei uns bekannten und beliebten Jawa-Maschinen bestaunen zu können. Herzlich verabschiedeten wir uns voneinander und von unseren GastgeberInnen. Voll neuer Eindrücke kamen wir gut zu Hause wieder an. Wir bedanken uns für dieses eindrucksvolle Erlebnis bei allen, die es uns ermöglicht und organisiert haben, besonders bei Maritta Böttcher und Peter Hacke. Hannelore Clemens, RV TF Süd Christa Zernick, BO Am Mellensee



Kultur ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Es bieten sich viele Möglichkeiten Erlebnisse auf kulturellem Gebiet für alle Menschen erlebbar zu machen.

Die SozialarbeiterInnen des Übergangswohnheimes für Flüchtlinge Große Straße in Jüterbog griffen dieses Thema auf und organisierten gemeinsam mit dem Jugendklub Jüterbog II für interessierte Kinder und Erwachsene einen Theaterbesuch in

der Phönix Theaterwelt Wittenberg. Auf dem Spielplan am 11. Februar 2018 stand das Kindermusical »Das Dschungelbuch« .

TeilnehmerInnen dieser Fahrt waren 33 Kinder und 17 Erwachsene aus dem Übergangswohnheim und dem Jugendklub aus Jüterbog II.

Mit großer Spannung wurde die Geschichte von Mogli, Balu und den anderen Bewohnern der Dschungels verfolgt. Mit Applaus wurde nicht gespart. Es war sehr schön zu sehen, mit wieviel Freude und Interesse das Musical verfolgt wurde.

Dieses Erlebnis wird allen, aber vor allem den Kindern in Erinnerung bleiben, da sie das erste Mal seit Ihrer Flucht in einem Theater waren.

Dank der finanziellen Unterstützung durch die Partei DIE LINKE von Bund und Land Brandenburg, dem Veranstalter des Musicals, dem Aktionsbündnis Brandenburg und einer privaten Spende über die Flüchtlingsinitiative Jüterbog und einem kleinen persönlichen Anteil der TeilnehmerInnen konnte dieses Projekt realisiert werden.

Edeltraut Liese,

im Namen aller SozialarbeiterInnen und des Betreibers des Übergangswohnheimes Große Straße in Jüterbog In eigener Sache

Herrn Jeserigk geleitet.

Führungswechsel in der

der Gemeindevertretung

Es hat einen Führungswechsel in

der Fraktion gegeben. Vorsitzender ist jetzt **Wolfgang Ernicke**

und Stellvertreter Holger Jese-

rigk. Außerdem hat Herr Jeserigk

seinen Platz im Hauptausschuss

an Gerd Heine übergeben. Der

Bauauschuss wird weiter von

Fraktion der LINKEN in

Nuthe-Urtsromtal

Aufgrund einer ab Mai 2018 verschärften Datenschutzverordnung ist es uns nicht mehr möglich, im Linksblick unseren GenossInnen zu ihren Geburtstagen zu gratulieren. Nunmehr werden die Geburtstagskinder durch den Kreisvorstand direkt mit einer Karte zu ihrem Ehrentag beglückwünscht.

L E S E E U L E

Leipziger Buchmesse 2018

Der heftige Wintereinbruch in Leipzig konnte mich nicht abhalten, zur Buchmesse zu fahren, um wieder beim größten Lesefest Europas »Leipzig liest« dabei zu sein. Mehr als 3.400 Autoren aus aller Welt trafen sich in Leipzig. In zahlreichen Veranstaltungen gab es Begegnungen der AutorInnen mit ihren LeserInnen und ZuhörerInnen. Nur einen Bruchteil kann man wahrnehmen, und die Auswahl fällt wie immer schwer. In diesem Jahr war besonders spürbar vom Sachbuch über den Roman bis zur Lern-App - Literatur spiegelte vielfach politisch relevante Themen wider. Die Buchmesse ist politischer geworden. Angesichts des großen Diskussionsbedarfes zu vielen aktuellen Fragen wurde es auch von vielen LeserInnen erwartet. In vielen Foren, Lesungen und Gesprächsrunden wurde die Bereitschaft spürbar, auch kontrovers zu diskutieren, Streit öffentlich auszutragen, mit den besten Argumenten zu überzeugen. Aber nicht überall gab es sachlichen Meinungsstreit. Teilweise schwer zu ertragen waren für mich und viele andere LeserInnen das Auftreten und die Publikationen der rechten Verlage. Hoffnungsvoll jedoch die vielen Initiativen gegen rechts, wie: »Die Gedanken sind bunt«, das Aktionsbündnis #verlagegegenrechts, »Buchhandel gegen rechts«, »Literatur statt Brandsätze« u.v.a.

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx gab es eine Vielzahl von Publikationen und Neuauflagen seiner klassischen Schriften. Immerhin wurde »Das Kapital« zuerst in Leipzig gedruckt. Ich denke, jeder, der sich mit Marx heute beschäftigt, sucht Antworten und Denkimpulse auf aktuelle Fragen. Aus der Vielzahl der Bücher interessiert mich besonders: »Schon wieder Marx« und »Karl Marx, die Liebe und das Kapital«. Die Buchmesse verdeutlichte einmal mehr, wie unterschiedlich die Leseinteressen sind. Deshalb fällt es mir schwer, Empfehlungen für andere LeserInnen zu geben.

Für mich waren folgende Bücher von Interesse und vielleicht ist es ja eine Anregung auch für andere BücherfreundInnen.

Wolfram Eilenberger: »Zeit der Zauberer. Das große Jahrzehnt der Philosophie 1919-1929«

Der Autor erzählt von den Lebenswegen und dem revolutionären Denken der vier Ausnahmephilosophen dieser Zeit: Walter Benjamin, Ernst Cassirer, Martin Heidegger und Ludwig Wittgenstein. Eilenberger geht davon aus, dass sämtliche Strömungen, die unser Denken bis heute prägen, in diesen Jahren ihren Ursprung haben. Viele bekannte Namen aus Wissenschaft und Kultur

tauchen auf, von Hannah Arendt bis Virginia Woolf.

Navid Kermani: »Entlang den Gräben«

Der Schriftsteller und Orientalist ist von seiner Heimatstadt Köln durch den Osten Europas bis nach Isfahan gereist. Was er dabei gesehen, erlebt und erfahren hat, beschreibt er in diesem Reportageband. Er findet dabei Grenzen, Gräben und Brüche zwischen Menschen, Gesellschaften und geografischen Orten. Sehr, sehr eindrucksvoll.

Tobias Ginsburg: »Die Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern«

Der Undercoverbericht des Autors, er lebte sechs Monate unter falscher Identität im sogenannten Königreich, deckt auf, wie die ReichsbürgerInnen ticken, welchen Verschwörungstheorien sie anhängen und wie sie ihr Gedankengut verbreiten. Durch die versteckte Recherche in der Szene deckt er das ideologische Fundament der ReichsbürgerInnen auf, entlarvt esoterische GeschäftemacherInnen und die nicht ungefährlichen Verbindungen zur AfD.

Gretchen Dutschke: »1968 Worauf wir stolz sein dürfen«

Die ehemalige Studentenaktivistin und Witwe Rudi Dutschkes erzählt in ihrem Buch nicht nur von ihrem Mann, man begleitet auch ihren Lebensweg. Unsentimental schreibt sie über programmatische Schwächen und das Machotum der Revoluzzer dieser Zeit und warnt »vor einer Radikalisierung um ihrer selbst willen«. Mich interessieren am Buch die persönlichen Innenansichten

und Schilderungen einer Zeitzeugin mit Bezug zu Luckenwalde.

Maja Lunde: »Die Geschichte des Wassers«

Wer letztes Jahr den Bestseller »Die Geschichte der Bienen« der norwegischen Autorin gelesen hat, findet in ihrem neuen Buch eine Fortsetzung der literarischen Auseinandersetzung zu ökologischen Problemen und Themen des Klimawandels.

Sabine Ebert: »Schwert und Krone. Der junge Falke«

Der zweite spannende historische Band der erfolgreichen Leipziger Autorin über Barbarossa, die Frauen an der Seite der Herrscher, die politischen Intrigen und Ränkespiele. Sabine Ebert ist bekannt für äußerst gründliche Recherche und historische Genauigkeit.

Als Katzenfreundin räume ich natürlich auch immer den Katzen in der Literatur etwas Zeit ein. Auf den »Literarischen Katzenkalender 2019« freue ich mich schon jetzt.

War ein Abend Karl Marx gewidmet, nutzte ich den anderen Abend auf dem Riverboat zum Kennenlernen des Buches zur beliebten MDR- Fernsehreihe »Unsere köstliche Heimat«. Der Buchverlag für die Frau hatte eine liebevolle Veranstaltung vorbereitet, zu meiner Freude mit Verkostung.

Die Buchmesse 2018 war interessant, sehr anregend, aber auch anstrengend.

Monika Krause, Nuthe-Urstromtal

»Bedingungsloses Grundeinkommen und allen geht es besser?!«



... war das Thema der Zossener Gespräche am 7. März 2018 im E-Werk Zossen.

www.dielinke-teltow-flaeming.de

An diesem Abend begeisterte Ronald Blaschke, Dipl. Philosoph, Dipl. Pädagoge, Mitbegründer des Netzwerkes Grundeinkommen und Mitherausgeber zahlreicher Bücher, so manche/n BesucherIn mit der Idee des Grundeinkommens.

Diese Idee ist nicht neu und fand ihre Anfänge bereits im 16. Jahrhundert in Europa mit Vorschlägen zur Armutsbeseitigung, auch wenn sich diese als repressive Grundsicherung verstand.

Den ersten Gedanken für ein Grundeinkommen veröffentlichte Thomas Spence 1796 in seinem Essay »The rights of infants«. Die Idee war ein lebenslanges Grundeinkommen für alle Mitglieder des Gemeinwesens. Er sah eine regelmäßige Zahlung als naturrechtlich begründet und als Mittel zur Armutsbekämpfung. Übertragen auf die heutige Zeit bleibt dieser Gedanke weiterhin bestehen.

Das Grundeinkommen begründet sich mit der Geburt. Nicht die Leistung eines Menschen steht vor dessen Existenzberechtigung sondern das Recht auf Würde. Dazu gehört nicht nur eine bedingungslos gesicherte materielle Existenz, sondern auch das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Vor allem aber verlangt das Recht auf ein würdevolles Leben, ein Grundeinkommen ohne Gegenleistung und Arbeitszwang (der nicht selten zu prekärer und krankmachender Beschäftigung führt) zu garantieren. Nur wie sieht ein Modell einer teilhabersichernden, regelmäßigen und vor allem bedingungslosen Geldleistung an alle Mitglieder einer Gesellschaft aus? Hierzu bringt Ronald Blaschke Vergleiche. Konzepte kommen aus den verschiedensten Richtungen. Beschlossen und in die Programme der jeweiligen Parteien aufgenommen wurde bisher noch keines.

Die Transferleistung der »Grünen Grundsicherung« in Höhe von 500 Euro liegt unterhalb der Armutsschwelle. Ebenso das »Solidarische Bürgergeld« der CDU in der Höhe von 600 Euro. In beiden Modellen ist der Sinn der unten angesiedelten Transferleistung in einer hohen »Lohnabstands-Logik« und im Arbeitsanreiz zu finden. Die SPD setzt den Betrag im »Solidarischen Grundeinkommen« mit 800 Furo höher an Jedoch existenz- und teilhabersichernd sind 800 Euro nicht. Bezogen auf den Armutsfaktor dürfte diese Transferleistung ebenso keine positive Auswirkung haben.

Das »Emanzipatorische Grundeinkommen« (DIE LINKE) liegt mit 1.100 Euro oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze und bietet somit wirklich den Raum zur freien Entscheidung, ob und welcher Tätigkeit man nachgehen möchte. Zweifel am bedingungslosen Grundeinkommen gab es auch an diesem Abend. »Es ist nicht finanzierbar und schafft keine Arbeitsanreize!« »Wer soll denn da noch die unliebsamen Jobs erledigen?« »Reiche brauchen kein Grundeinkommen und faule Menschen sollen nicht besser gestellt sein.« Nun ja ... In erster Linie ist es auch ein philosophischer Gedanke. Wie wünschen wir uns zu leben? Wie möchten wir mit unseren Mitmenschen leben? Nur derjenige, der arbeitet, hat das Recht auf gutes Leben, oder jeder Mensch, weil er eben ein Mensch ist? Wie Ronald Blaschke so schön am Ende der Veranstaltung sagte: »Das Grundeinkommen beginnt im Kopf jedes Einzelnen«.

Cornelia Graffunder, Zossen

Neuer Vorstand des Ortsverbandes DIE LINKE. Rangsdorf

Im Verlauf einer diskussionsfreudigen Mitgliederversammlung am 26. Februar 2018, an der auch zahlreiche SympathisantInnen und der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE. Teltow-Fläming. Gen. Schiemann teilnahmen, wurde der Vorstand neu gewählt.

Michael Mrositzki ist der bisherige und neue Vorsitzende. Er wird zukünftig von Marcus Missal als Stellvertreter unterstützt.

Alle Anwesenden sprachen zur Diskussion und betonten, dass sie Michael, aufgrund seiner sichtbaren, aktiven Arbeit, volles Vertrauen für eine weitere Wahlperiode entgegenbringen werden.

Konstruktiv wurde auf die in der Vergangenheit spürbaren Diskrepanzen eingegangen und dass es notwendig ist, die im Mittelpunkt unserer Arbeit stehenden politischen und sozialen Ziele, kritisch und selbstkritisch an-

Im neuen Arbeitsprogramm werden naturgemäß die im Jahre 2019 anstehenden Wahlen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Dabei wird nicht übersehen, dass die sichtbare konservative Politik in Deutschland, Europa und in den USA für uns LINKE Anlass ist, diese Thematik stärker in den Mittelpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit zu stellen. Der Ortsverband DIE LINKE und ihre

dreiköpfige Fraktion in der Gemeindevertretung unseres Ortes werden wie bisher aktiv an der Gestaltung unseres Ortes mitwirken, um die zahlreichen anstehenden Entwicklungsvorhaben im Interesse der BürgerInnen zu realisieren. Haben Sie deshalb Vertrauen in unsere Arbeit und nehmen sie jede Gelegenheit wahr, Verbindung zu uns zu suchen.

Informieren Sie sich gerne auch auf unserer Internetseite, www. dielinke-rangsdorf.de, die wir gerade mit aktuellen Themen erneuert haben.

DIE LINKE, OV Rangsdorf

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Skat- und Rommé-Abend

19. April 2018, 18 Uhr, Jüterbog, Bürgerbüro

»marx200 - Matinee«

Mit: Rolf Becker (Hamburg) Lesung aus dem Kommunistischen Manifest, Sänger Matthias Nitsche (Oranienburg) Lateinamerika-Songs des Projekts »Cantaré«, (Gemeinschaftsveran-staltung des LINKE-OV, des Kulturvereins Blankenfelde und der Blankenfelder Buchhandlung) 22. April 2018, 11 Uhr. »Alte Aula« Blankenfelde, Zossener Damm 2

28. Familienfest in Luckenwalde 1. Mai 2018, 14-18 Uhr, Boulevard

Stilles Gedenken, DIE LINKE und SPD 1.Mai 2018, 9.30 Úhr, Jüterbog, OdF-Ehrenmal

Kundgebung, DIE LINKE und SPD 1. Mai 2018, 10 Uhr, Rathaus, Jüterbog

Politfrühschoppen, DIE LINKE und SPD 1. Mai 2018, 11 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

Politfrühschoppen 1. Mai 2018, 10 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

»Der junge Karl Marx« – ein Film von Raoul

4. Mai 2018, 19.30 Uhr, »Alte Aula« Blankenfelde, Zossener Damm 2

Ehrung zum Tag der Befreiung 8. Mai 2018, 10 Uhr Waldfriedhof Luckenwalde

Ehrung zum Tag der Befreiung 8. Mai 2018, 18 Uhr, Friedhof Ludwigsfelde

Ehrung zum Tag der Befreiung 8.Mai 2018, 10 Uhr, Jüterbog, Am Dammtor und 11 Uhr, Jüterbog, Am Bärstrauch

26. Europacamp vom 10.-13.5.2018 Störitzland bei Berlin

Anmeldungen und Informationen: europacamp@sfel-r.de, www.sfel-r.de

Beratung Redaktion Linksblick 16. Mai 2018, 17.30 Uhr Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

18. Mai 2018, 18 Uhr, Jüterbog, Bürgerbüro

Beratung Vorstand Regionalverband TGL 24. Mai 2018, 18 Uhr Bürgerbüro Ludwigsfelde

Beratung der BO-Vorsitzenden 28. Mai 2018, 18 Uhr Bürgerbüro Ludwigsfelde

Treff mit Berliner Genossen

1. Juni 2018, 18.30 Uhr Berlin-Schöneberg, Rote Insel

7. Juni 2018, 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Regionalvorstand TF Süd

7. Juni 2018, 18 Uhr, Jüterbog, Bürgerbüro

Bundesparteitag in Leipzig 8. bis 10. luni 2018

Beratung Kreisvorstand und Kreistagsfraktion 16. Juni 2018, 9.30–14 Uhr, Haus der Begegnung, I.-Kant-Str. 3–5, 15831 Mahlow

Sitzung des Kreistages 25. Juni 2018, 17 Uhr, Kreishaus Luckenwalde

VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen 14943 Luckenwalde Zinnaer Straße 36 Telefon: 03371 632267 Telefax: 03371 636936 E-Mail: info@dielinketeltow-flaeming.de dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog Große Straße 62 Telefon: 03372 432691 Telefax: 03372 443033 E-Mail: tf.sued@dielinketeltow-flaeming.de dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde Albert-Tanneur-Straße 17 Telefon: 03378 510653 Telefax: 03378 510654 E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-teltow-flaeming.de dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant: dielinke-rangsdorf.de facebook.com/ DieLinkeRangsdorf-Ortsverband-1605857652991866

dielinke-zossen.de facebook.com/ DIE.LINKE.ZOSSEN

dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Nächste Ausgabe: 15. Juni 2018

Redaktionsschluss: 25. Mai 2018

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Felix Thier vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de

Redaktion: Maritta Böttcher redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de Redaktionsschluss: 29. März 2018

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Auflage: 2.000, April 2018

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Wenn nicht wir, wer dann?

In wohl jeder Kommune steht derzeitig das Thema Kitas auf der Tagesordnung.

Seit einem guten Jahr denkt die Gemeinde Am Mellensee darüber nach, alle oder einige der gemeindlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, hierzu zählen Kitas und Horte, in freie Trägerschaft zu übergeben.

Ursprünglich kam diese Idee aus dem Finanzausschuss, um Kosten zu sparen.

Der ewige Streit um an das pädagogische Personal tatsächlich zu zahlende Gehälter und dem lediglich auf der Durchschnittsbasis basierenden, vom Landkreis erstatteten, Kostenanteil könnte somit an die freien Träger weitergegeben werden. Dadurch sei eine Entlastung des Gemeindehaushaltes erreichbar. Nach einigen Sitzungen erkannten die Ausschussmitglieder jedoch ihren Denkfehler und holten sich den Sozialausschuss mit ins Boot.

die Transporte und der Aufbau erle-

digt sind, die ersten Kinder basteln,

sich schminken lassen oder ihren

Ehrgeiz beim Dosenwerfen ausle-

ben, dann ist das Wetter nicht mehr

wichtig und die Stimmung gut. So

war es auch beim elften Osterhasen-

fest im Schlosspark Jüterbog, das

DIE LINKE erneut gemeinsam mit

Petzis Kinderland am Samstag vor

Ostern ausrichtete. Für die Musik

und die garantiert nicht dauerhaf-

Vorrangiges Ziel sei es, die Qualität und Vielfalt der Kinderbetreuung in unserer Gemeinde deutlich zu verbessern. Die gemeinsame Arbeitsgruppe der beiden Ausschüsse tagte regelmäßig und nichtöffentlich, um eine Entscheidung für die GemeindevertreterInnen vorzubereiten.

Bei den Präsentationen der fünf freien Träger waren Mitglieder der Kita-Ausschüsse als Zuhörer zugelassen.

DIE LINKE. Am Mellensee entschied, dass es höchste Zeit ist, die Meinungen, Erfahrungen und Wünsche, aber auch die Beweggründe für eine Übergabe in freie Trägerschaft zusammenzutragen, Eltern, Betreuungseinrichtungen und Verwaltung an einen Tisch zu holen und somit die Öffentlichkeit über den aktuellen Sachstand, ja überhaupt über die Absicht zu informieren. Deshalb initiierte unsere Basisorganisation gemeinsam mit dem kommunalpoliti-

schen forum Land Brandenburg e.V. eine offene Diskussion zur Kita-Zukunft. Die Veranstaltung fand am 26. Februar 2018 statt. Zu unserer großen Überraschung nahmen über 70 EinwohnerInnen und Kita-ErzieherInnen an diesem Austausch teil. Als Gäste durften wir den ehemaligen Bürgermeister, Klaus-Dieter Hartung aus Hohen Neuendorf, und den Kreisvorsitzenden der GEW, Willy-Fred Thoms, begrüßen, die aus ihren Erfahrungen über Vor- und Nachteile der freien Trägerschaft berichteten und somit eine Grundinformation an die bisher »ahnungslosen« TeilnehmerInnen lieferten. Unser Moderator Sven Rosig sorgte durchgängig für eine ruhige und sachbezogene Gesprächsatmosphäre.

Diese Zusammenkunft kann nur ein Anfang sein. Letztlich geht es darum, die EinwohnerInnen an gemeindlichen Meinungsbildungsprozessen teil- und somit ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen zu lassen.

Judith Kruppa, Am Mellensee



ten Tattoos sorgten DJ Macky und Spass-Tatoo. Das dicht besetzte Zelt, in dem Küken, Tüten und Osterhasen gebastelt wurden, betreuten Erzieherinnen, Mitglieder vom Jugendfreizeitverein Fläming e.V. Eine Familie aus Syrien zeigte den Kindern, wie aus Servietten kleine Osterhasen entstehen. Wer jetzt doch noch fröstelte, freute sich über heißen Kaffee und Waffeln am Stand von Frauen des Sozialverbandes. Nur die von Rassekaninchenzüchter

Jörg Schmiedchen mitgebrachten flauschigen Vertreter schauten mümmelnd noch etwas skeptisch gen Himmel. Auch Basteln macht hungrig und so freuten sich mittags alle über reichlich Nudeln mit Tomatensoße. Die erfolgreichsten Kinder beim Dosenwerfen nahmen noch an einer Tombola teil und reich beschenkt wurden alle durch ein schönes Fest.

Klaus Pollmann, RV TF Süd